

„Die Ersterfassung aller Ankommenden dient der Sicherheit aller in Deutschland“

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, im Interview mit dem POLIZEISPIEGEL über den Krieg in der Ukraine, über den Umgang mit Flüchtlingen und welche Impulse die Union in der Inneren Sicherheit setzen will.

Der Krieg in der Ukraine, den Russland mit aller Härte gegen das Land führt, wird die Machtstrukturen möglicherweise drastisch verändern. Für viele Menschen war es schlicht unvorstellbar, dass ein solcher Überfall auf ein anderes Land in Europa möglich ist. War Deutschland zu blauäugig und wie müssen wir uns künftig strategisch besser aufstellen? Wie können Frühwarnsysteme installiert werden, um künftig nicht wieder überrascht zu werden?

In Deutschland haben Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die russische Bedrohung nicht so ernst genommen wie unsere osteuropäischen Partner. Dafür gab es eine ganze Reihe von Gründen. Einer davon war sicherlich die feste Überzeugung, dass Russland und vor allem Präsident Putin an der Spitze niemals die europäische Friedensordnung, die die Sowjetunion und später Russland auch zur eigenen Sicherheit aufgebaut hat, selbst so wesentlich und brutal zerstören würde. Das erschien noch vor wenigen Monaten unvorstellbar. Das war ein Irrtum, aus dem wir jetzt lernen müssen. Das heißt, wir müssen zukünftig Erkenntnisse über Entwicklungen in der Welt und aufziehende Bedrohungen ernst nehmen und uns mehr mit unseren Partnern und Verbündeten weltweit über Bedrohungspotenziale austauschen.

Deutschland nimmt seit Beginn des Krieges viele Flüchtlinge aus der Ukraine auf. Das ist auch richtig so. Trotzdem bleibt es unverständlich,



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2)

warum an der Grenze nicht kontrolliert und registriert wird, wer zu uns kommt. Die Bundespolizei wäre dazu zügig in der Lage. Können Sie das (Nicht-)Handeln der Bundesinnenministerin an dieser Stelle nachvollziehen?

gierung, dass alle Einreisenden ersterfasst werden, stimmt einfach nicht.

Der Schutz der Außengrenzen der EU ist noch immer in der Zuständigkeit der jeweiligen Mitgliedsländer, das Vorgehen

Daher ist es für uns selbstverständlich, FRONTEX zu einer echten europäischen Grenzschutzpolizei weiterzuentwickeln und – unter Berücksichtigung nationaler Souveränität – entsprechend auszustatten.

Zur Steuerung von Migration und zur Absicherung des Schengenraums ist eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen unerlässlich.

Nein, die mangelnden Vorgaben sind mir unerklärlich. Es darf nicht sein, dass die Bundesregierung ihrer zentralen Aufgabe, den Schutz der Ankommenden und der Bevölkerung sicherzustellen, nicht nachkommt. Die lückenlose Ersterfassung aller Ankommenden dient nicht nur der Sicherheit der Kriegsflüchtlinge, sondern auch der Sicherheit aller Menschen in Deutschland. Die Behauptung der Bundesre-

unterscheidet sich oft beträchtlich. Halten Sie den Aufbau eines einheitlichen europäischen Grenzschutzes für richtig und sinnvoll? Welche Rolle könnte die Grenzschutzagentur FRONTEX dabei spielen?

Die Mängel beim Schutz der EU-Außengrenzen gefährden eine der wesentlichen Errungenschaften des europäischen Einigungsprojekts: den Schengenraum.

Der Kampf gegen Clankriminalität ist angesichts der Strukturen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten verfestigt haben, eine schwierige und komplizierte Aufgabe. Was ist für Sie der richtige Weg, um dieses Problem besser als bisher in den Griff zu bekommen?

Um es ganz klar zu sagen: Clankriminalität ist schwerste Kriminalität mit Raub, Erpressung, Tötungsdelikten, Drogenhandel und Zwangsprostitution. Daher müssen wir kriminelle Clans mit aller Macht des Rechtsstaats bekämpfen. Die Erfahrung zeigt: Kriminelle Clanfamilien arbei-

ten hoch konspirativ. Klassische Ermittlungsmethoden aus dem Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, so etwa der Einsatz von verdeckten Ermittlern, sind deshalb zum größten Teil nicht anwendbar. Ein wirksames Mittel, das uns hilft, persönliche Verbindungen im familiären Kontext besser aufzuklären, ist die Überwachung der Kommunikation und Bewegungsprofile der Straftäter.

Welche Impulse für die Innere Sicherheit kann die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag als Opposition auf den Weg bringen? Rächt es sich nun, dass das Bundespolizeigesetz so kurz vor der Wahl gescheitert ist?

Es ist bedrückend zu sehen, dass es der Regierungskoalition offenbar mehr um Schutz vor den Sicherheitsbehörden geht als um die Sicherheit der Bürger. Allem Anschein nach hegen SPD, Grüne und FDP gegenüber unseren Sicherheitsbehörden ein grundlegendes Misstrauen: Befugnisse sollen eingeeengt, zusätzliche Beschwerdestellen geschaffen und Polizeibeamte gekennzeichnet werden. Datenschutz und Klagemöglichkeiten gegen den Staat sind der Ampel offenbar wichtiger als effektive Strafverfolgung und wirksamer Schutz vor Terror. Als Unionsfraktion fordern wir unter anderem ein entschiedeneres Vorgehen gegen Gefährder und auch entschiedene Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Wie steht es um die Stabilität unserer Stromversorgung? Sind wir ausreichend vorbereitet darauf, beispielsweise großflächige Stromausfälle über einen längeren Zeitraum zu managen?

Aus dem russischen Angriffskrieg müssen sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch Lehren gezogen werden. Wir müssen uns wieder stärker bewusst machen, dass militärische und zivile Verteidigung

Thorsten Frei

Jahrgang 1973, römisch-katholisch, verheiratet, drei Kinder



- > **Dezember 2021 bis heute**
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- > **2018 bis 2021**
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- > **2013 bis heute**
Mitglied des Deutschen Bundestages
- > **2004 bis 2013**
Oberbürgermeister der Stadt Donaueschingen

zwei Seiten derselben Medaille sind. Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen können schlimme Folgen nach sich ziehen, ebenso hybride Angriffe durch Desinformationskampagnen in den Medien und sozialen Netzwerken. Nicht vergessen dürfen wir auch die Gefahren zum Beispiel bei Extremwetterereignissen. Die Hochwasserkatastrophe

und die Pandemie haben gezeigt, dass der föderal organisierte Bevölkerungsschutz in Großschadenslagen angepasst und optimiert werden muss. Die strikte Trennung der Zuständigkeit in Zivilschutz für den Verteidigungsfall, für den der Bund zuständig ist, und in Katastrophenschutz in Friedenszeiten als Aufgabe der Länder ist nicht mehr zeitgemäß.

Ein starker Zivilschutz für den Verteidigungsfall hilft auch im Katastrophenfall.



> Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger muss Priorität haben.

Welche Rolle sollte dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe künftig zukommen?

Ja, die Mittel müssen daher in diesem Bereich aufgestockt werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) muss dringend besser ausgestattet werden. Es sollte neben der Zuständigkeit im Zivilschutzfall künftig auch als Zentralstelle für Krisenmanagement handeln. Ziel muss sein, das BBK als leistungsstarke Plattform für einen Austausch zwischen Bund, Ländern, THW, Hilfsorganisationen und Bundeswehr auszubauen. Der Zivilschutz benötigt dringend mehr Kapazitäten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Wasser. Aber auch die Warnung der Bevölkerung, zentrale Anlaufstellen im Krisenfall, wenn der Strom ausfällt, der Ausbau der Gesundheitsvorsorge und auch die Sensibilisierung der Menschen sind von Bedeutung. Die Leistungsfähigkeit des Technischen Hilfswerks und aller Katastrophenschutzorganisationen sollte weiter gestärkt werden.

Was halten Sie von dem Plan der Ampel, Cannabis zu legalisieren?

Gar nichts. Cannabis ist nachweislich die Einstiegsdroge Nummer eins. Mit der Legalisierung wird am Ende auch der Konsum von harten Drogen zunehmen. Die Vorstellung, Cannabis an Erwachsene in zertifizierten Läden zu verkaufen und alles würde besser, ist naiv. Wenn Kiffen erst legal ist, werden viele Erwachsene und auch Jugendliche zum Joint greifen, die das aufgrund möglicher Sanktionen vorher nicht getan hätten. Dadurch wird Kiffen erst salonfähig. Völlig abwegig sind auch die Vorstellungen, dass es dann keinen Schwarzmarkt und keine Verunreinigungen mehr geben könnte, was Jugendliche schützen würde.